

Korrespondent

für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer

Bezugspreis: 30 Goldpfennige für den Monat ohne die Post-
gebühr für Zustellung. Es ist nur Postbezug zulässig.

Erscheinungstage: Mittwoch und Sonnabend
Das einzelne Exemplar kostet 5 Goldpfennige, Porto extra

62. Jahrgang

Leipzig, den 20. August 1924

Nummer 70

Falsches und Richtiges von der Prinzipalität

Die im Leitartikel von Nr. 66 begonnene Abwehr gegen das, was in den letzten Monaten an Auslassungen und Handlungen gegen die Gewerkschaft zu verzeichnen war, soll hiermit ihren Abschluß finden.

Der „Zeitungsverlag“ brachte am 20. Juni von Dr. G. Erdmann (Berlin) einen Artikel über die Arbeitszeitreglung des neuen Buchdruckerarbeitsvertrages in ihrem Verhältnis zu den gesetzlichen Bestimmungen der Arbeitszeitverordnung. Dieser längere Aufsatz ist das Raffinierteste, was an Auslegungskunst nur denkbar ist. Der Verfasser bringt es fertig, eine ganze Anzahl von Möglichkeiten oder gar gefühlige und tarifliche Gelegenheiten aufzuführen über die Ausdehnung der Arbeitszeit und Bezahlung der Mehrarbeit, daß man aus der Bewunderung gar nicht herauskommt, warum da noch gefühlige und tarifliche Bestimmungen geschaffen wurden, wenn einfach alles möglich sein soll. Es ist kühn und überkühn, so etwas zu schreiben und gar nicht daran zu denken, welcher Konfliktstoff sich da zu Bergen häuft, und daß die Differenzen nicht abreißen würden in den Zeitungsbetrieben und Druckereien, wenn nach den Erdmannschen „Theorien“ praktisch gehandelt werden würde. Man kann den Geschäftsleitungen nur dringend raten, die Hände davon zu lassen. Die Betriebsräte haben die größte Wachsamkeit zu beobachten. Der „Zeitungsverlag“ scheint überhaupt eine Vorliebe für derartige juristische Kniffligkeiten zu haben, die „Zeitschrift“ ist auch nicht ganz rein davon. Daß bei der Arbeiterschaft in der Arbeitszeitfrage das Maß voll ist, kann aus dem dritten Artikel in dieser Nummer recht deutlich ersehen werden. Also Vorsicht! Auch der Reichsarbeitsminister hat schon ersehen, daß die Industriepolitik etwas ganz anders haben will, als die nur als vorübergehender Zustand erlassene Arbeitszeitverordnung bezweckt.

Die „Zeitschrift“ hat sich außer in einem Leitartikel, der sich mit einer Syndikusschrift befaßt, die gewissermaßen den Zehnstundentag als „Notwendigkeit“ nach Annahme des Dawes-Gutachtens ansieht, noch in zwei Artikeln mit der Genfer Internationalen Arbeitskonferenz beschäftigt. Das geschah in ganz eigenartiger Weise. In der Einleitung sind nicht nur die verkehrtesten Anschauungen über die Beweggründe der Arbeiterschaft bzw. der Gewerkschaften zu finden, denn gerade die Arbeiter haben eine Schädigung der wirtschaftlichen Interessen Deutschlands nie im Auge gehabt, sondern das Prinzipalsorgan hat es auch für gut befunden, die Gewerkschaften und ihre Führer mit allerlei Lebenswürdigkeiten zu bedenken wegen ihres Festhaltens am Achtstundentag. Da wird von der „kurzsichtigen Arbeiter- und Gewerkschaftspolitik in Deutschland“ gesprochen, auch von der „Verblendung“ der deutschen Gewerkschaftsführer ist die Rede. Der Satz: „Die freigewerkschaftlichen Führer Deutschlands werden wahrscheinlich nicht eher klug werden, als bis riesige Arbeitslosigkeit, Elend und Verzweiflung den Beweis erbringen, was aus der irreführenden deutschen Arbeitnehmererschaft geworden ist“, kann wieder als eine von denjenigen Berührungspunkten angesehen werden, die trotz ihres erhabenen Tones von keinerlei Sachkenntnis getrübt sind. Dabei ist der „Zeitschrift“ noch das Pech widerfahren, nur auf die freigewerkschaftlichen Führer loszuschlagen, wo doch alle Gewerkschaftsrichtungen die Ratifizierung des Washingtoner Abkommens fordern! Die nicht ganz kurze Anführung der in Genf gehaltenen Reden zeugt ebenfalls von Mißgeschick, denn dadurch erhalten die Leser der „Zeitschrift“ auch durch ihr eigenes Organ Kenntnis, daß die gefühlige Anerkennung des Achtstundentages allenthalben kräftig auf dem Marsche ist. Daß bei dem nur von dem deutschen Regierungsvertreter und dem deutschen Industrievertreter gezeigten Widerstande etwas nicht stimmen muß, muß sich doch auch für die „Zeitschrift“-Leser als logischer Schluß ergeben. Wir können hier jedoch weiteres erparen, weil im dritten Artikel alles mit der erforderlichen Klarheit auch hierzu gesagt

wird. Die deutsche Arbeiterschaft läßt nicht mit sich spaßen, sie verlangt unter allen Umständen die gefühlige Anerkennung des Achtstundentages! Wenn das in einer Rundschau nicht dieser Nummer Gefüge zutrifft — und nach unsern Informationen ist etwas daran —, dann erscheint die Ratifizierung näher zu sein, als der Achtstundentag von allen seinen Bekämpfern als verdrängt oder beseitigt angesehen wird. Daß in Unternehmerkreisen und sogar schon von Unternehmerverbänden der Kajnpf wegen dem Achtstundentag nicht mitgemacht und als wirtschaftlich-falsch bezeichnet wird, dafür haben wir im Laufe der Zeit ja schon diverse Anführungen bringen können. Auch im Buchdruckgewerbe ist nach den aus einigen Gauen unsres Verbandes vorliegenden Statistiken der Achtstundentag in einem Umfange beibehalten worden, wie es „Zeitschrift“ und etliche Vorstände des DVB. nach ihrer Agitation in der ersten Zeit für größte Ausdehnung der Mehrarbeit — sogar allgemeine — gewiß nicht erwartet haben.

Die von der Vereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände herausgegebene Schrift über die Lohnpolitik der deutschen Arbeitgeberverbände ist auch von der „Zeitschrift“ aufgegriffen worden. Das ist wohl in etwas vernünftigerer Weise geschehen als Wochen vorher mit der Arbeitszeitkonferenz in Genf, aber es wurde doch wieder von dem bekanntesten schiefen Gesichtswinkel ausgegangen, so daß im nachfolgenden zweiten Artikel anschaulich dargelegt wird, was Wirklichkeit auf dem Lohngebiete der Buchdrucker ist. Die Ausführungen im dritten Artikel dieser Nummer über die Lohnfrage im allgemeinen können sinngemäße Verwendung auch gegen die „Zeitschrift“ finden. Auf einen Satz soll aber hier noch eingeklinkt werden. Das Prinzipalsorgan sagt, es habe in den Inflationssahren „immer nur ein Höherstreben des Lohnes“ gegeben und die „Verkehrtheiten“ der ganzen Lohnpolitik der Gewerkschaften würden sich „in der Zukunft vielleicht noch weit bitterer rächen, als man heute voraussetzt“. Das ist insofern stark, als das Immerhöherstreben des Lohnes doch weiter nichts war als ein Immernachhinken hinter der Entwertung der Mark und ein Immermehrstinken des Lohnes. Es ist in Nr. 35 des „Korr.“ von 1924 in einer spezialisierten Tabelle über alle 30 Lohnperioden des Jahres 1923 nachgewiesen worden, daß trotz der 181 491 429 169 892 Papiermark Lohn über diesen Zeitraum der Verdienst der Buchdrucker um 1117,37 Goldmark unter dem Friedensstande blieb. Von einer tatsächlichen Lohnerrhöhung in der Hauptinflationperiode zu sprechen, ist also ein Unding. Die „Zeitschrift“ könnte das nachgerade auch wissen.

Kritik über Tarifabschluß und Lohnabkommen ist in Prinzipalsversammlungen meistens ein summarisches Verfahren. Von bemerkenswerten Ausnahmen machen wir fast immer Mitteilung, wenn auch erst zusammenhängend mit andern Sachen. In den letzten Monaten konnte die am 15. Juni in Mannheim abgehaltene Kreisversammlung für Südwest größeres Aufsehen erregen. Es ist schon eine Tagung größeren Stils gewesen, zu der auch der Generaldirektor des DVB. erschienen war. Dr. Klipper, der Kreisvorsitzende, eine auch im württembergischen Unternehmerlager stark hervortretende Persönlichkeit ohne scharfmacherische Allüren, übte an der tariflichen Neuregelung und dem Lohnabkommen vom Mai 1924 ausgedehnte und schärfste Kritik: Nicht nur falsche Wirtschafts-, sondern auch ganz unvernünftige Konjunkturlohnpolitik werde getrieben, die in den Zeiten der durchaus ungelunden Inlandskonjunktur keinerlei Grenzen erkannt habe. Die Einstellung der Gewerkschaften trage in ihren Forderungen lediglich Augenblicksbedürfnisse Rechnung. Vermehrte Arbeitsleistung unter Abkehr vom schematischen Achtstundentag sei der unentwegt doktrinierten Einstellung der Gewerkschaften gegenüber durchzusetzen. Entschieden ablehnend stellte sich Dr. Klipper zum neuen Arbeitszeitabkommen und protestierte nachdrücklich gegen die kampflöse Preisgabe des Grundsatzes der Pflichtstellung von Mehrarbeit ohne Mehrbezahlung. Die Tarif-

Kommission habe unverantwortlich und unentschuldig gehandelt, als sie auf dem Wege der Verhandlung die höhere Bezahlung ausstand. Die letztmalige Lohnerhöhung müsse nicht nur aus allgemein-wirtschaftlichen Gründen beanstandet werden; es werde die ohnehin schon schwierige Lage der reinen Lohndruckereien noch bedenklicher gestalten. Schließlich erklärte der Kreisvorsitzende seinen Rücktritt, da ihm die eingetretene Entwicklung die Weiterführung seines Amtes unmöglich mache. Das war ein außergewöhnlicher Vorgang. Wir stellen Dr. Kipper nicht auf eine Stufe mit dem, was sonst von manchem Kadavertatler gegen die Arbeiterschaft losgelassen wird, können ihn aber erst recht nicht als einen wirtschaftlichen Salomo ansehen; er hält mit seinen Gesichtspunkten der losischen Lupe nicht stand. Dr. Woelfel befand sich demgegenüber in keiner leichteren Verteilungssituation. Es erging ihm so, wie oftmals den Gehilfenvertretern in den Berichterstattungsversammlungen. Soweit aus der „Zeitschrift“ zu ersehen, operierte Dr. Woelfel ohne Ausfall gegen die Gehilfenleitung. (Deren Schmähung wegen der Aprilaktion im „Zeitungsvorläufer“ immer noch nicht endgültig zurückgenommen worden ist, vielmehr scheint ihr knieender Urheber jetzt seine Kadaverleiter in der „Zeitschrift“ niederzuliegen; siehe die Abpugnung eines Dr. S. zeichnenden Verbandskritikus in Nr. 66 des „Korr.“) Dr. Woelfel ermahnte in Hinblick auf die einen tariflichen Fehlschlag für den DVB. bedeutende Aprilaktion zu unbedingt verlässlicher Haltung und strikter Beachtung der in tariflicher oder sonstiger Hinsicht maßgebenden Beschlüsse und Weisungen. Dem Gewerbe müsse der nötige Nachwuchs zugeführt werden, und mit allen Mitteln sei die Heranbildung möglichst zahlreicher Spezialkräfte zu fördern. Der Handelskammerpräsident als Gast gab förmlich scharfmacherischen Senf dazu, indem er das neue Arbeitszeitabkommen als überaus ungünstlich bezeichnete. Mehrarbeit unter der Voraussetzung höherer Bezahlung sei in Anbetracht der wirtschaftlichen Lage ein Unding. Nicht nur das Unternehmertum, sondern auch die Arbeiterschaft müsse sich mit der bitteren Last abfinden, daß die gesamte Lebenshaltung eine Einschränkung erfahren müsse. (Der Handelskammerpräsident von Mannheim möge nicht vergessen, selbst beispielgebend zu wirken!) Damit war mancher bedrückten Prinzipalsseele das Stichwort gegeben: In künftigen Fällen müsse die Höhe des tariflichen Minimums dem Leistungsvermögen der unter den ungünstigsten wirtschaftlichen Verhältnissen arbeitenden Teile des Gewerbes angepaßt werden (was ausgemachtste Rückständigkeits wäre und für die Gehilfen unbestimmbar ist). Die übertariflichen Lohnzugeständnisse zahlreicher Zeitungsbetriebe im April wurden noch gerügt, wobei Erhöhung der Gemüter eintrat. Für die Gehilfenchaft ist die nähere Kenntnis von dieser ausgesprochenen Protestversammlung gerade der Württemberg, Baden und Pfälzer erforderlich. Die Aprilaktion und ihr Verlauf müßten den Prinzipalsführern doch wohl gezeigt haben, daß die Gehilfen sich schnell mit jeder Situation abzufinden verstehen. Wie daher etwas später in der „Zeitschrift“ der Ausschluß der Grobdruckerei Greiner & Pfeiffer in Stuttgart mitgeteilt wurde wegen eigener Abgabe an die DVB-Politik, das war wiederum eine arge Unachtsamkeit. Ein solches Verfahren kann doch nicht abschreckend wirken! Eher dürfte es in kritischen Situationen zum Nachahmen anregen, weil eine angelegene alte Firma in Betracht kommt. Auf der Kreisversammlung in Königsberg (6. Juli) wurden die Maiabschlüsse als viel zu weitgehend kritisiert; der Neuabschluß des Hilfsarbeitertarifs habe im besondern stark enttäuscht. Ost- und Westpreußen seien dem Reiche gegenüber zu stark belastet.

Die Differenz wegen der Sonderzulage im besetzten Gebiet im Kreise II, die von der Prinzipalität vor das in diesem Falle nicht zuständige Reichsschiedsamt gebracht ist, hatte durch ein eigenartiges Verhalten des Prinzipalskreisvorsitzenden Verschärfung erfahren. In einem Zirkular von ihm an die örtlichen Prinzipalsfunktionäre berief er sich nämlich auf die Zustimmung der Gehilfenzentraleitungen zu seiner Auffassung über das Aufheben der Sonderzulagen. Das war eine ganz unbefugte Handlung, denn Verbandsleitung und Gutenbergsbund stehen nicht auf dem Prinzipalsstandpunkte. Herr Otto hat dann ja auch bekanntgegeben, daß hier bei ihm ein Irrtum vorliege. Aber man muß sich einmal vergegenwärtigen, wie leicht es durch solche falschen Berufungen zum offenen Konflikt kommen kann. Die Mittelbeschaffen der Gehilfen waren selbstverständlich sofort unterrichtet, daß Verblüffungsmanöver im Gange seien. Im Kreise II ist an Eigenmächtigkeiten in prinzipalsseitigen Anordnungen und Auslegungen ja schon mancherlei zu verzeichnen gewesen, so daß man sehr darum bitten muß, mit solchen Methoden Schluss zu machen. Denn bricht darüber oder aus anderen Ursachen einmal ein „Naturereignis“ aus (wie im April 1924), dann steht die Gehilfenchaft doch eine gehörige Korrektur durch.

Die Entscheidungen des Reichsschiedsamtes in der „Zeitschrift“ entsprungen, worauf wir einmal aufmerksam machen möchten, eigener Auswahl der Prinzipalsseite. Daß ihr ungünstige dabei nicht mit Vorzug an das Licht der Öffentlichkeit gebracht werden, dürfte nicht

groß verwundern. Der „Korr.“ wird in Zukunft wohl in etwas größerem Maße tarifliche höchstinstanzliche Entscheidungen bringen können, so daß dann von selbst ein Korrektiv geschaffen ist.

Die von der „Buchdruckerwoche“ durch einen eingeleiteten Artikel zur Sprache gebrachte *B e r u f s v e r e i n s d ä m e r u n g*, von uns in Nr. 66 des „Korr.“ kommentierend behandelt, hat im Prinzipalsorgan wie in der Fachpresse Aufsehen erregt. Daß man dem Verbandsorgan die Übertragung in die breite Öffentlichkeit nicht mit überschwenglichem Danke quittierte, läßt sich verstehen. Das Organisationsproblem und das Führerschaftsproblem bei der Prinzipalität werden ja wohl auf der Hauptversammlung in Hannover (direkt nach unserm Hamburger Verbandsstag) noch genug Diskussionsstoff abgeben. Wir glauben aber in Nr. 66 und hier bewiesen zu haben, daß der „Korr.“ sich ohne verlebende Formen mit inneren Fragen der Prinzipalität beschäftigen kann, während der Bemühte (und Bekannte) Dr. S. der „Zeitschrift“ sich bei Beschäftigung mit den Anträgen zu unserer Hamburger Tagung einer Verdrehung des Gesamtcharakters der Anträge, einer Beleidigung oder doch starken Herabsetzung der verantwortlichen Führer und einer gewissen Herrlichmachung des quasi alles bewegenden Radikalismus schuldig machte.

A n e r k e n n e n kann man jedoch, wenn jemand in der „Zeitschrift“ unter Hinweis auf die den Buchdruckern im allgemeinen (nicht nur einer Sparte) gefährlich werdende Gebiete des Offset- und des Manuldrucks zu weiterer beruflicher Erleichterung anpornt. Nationale Betriebsführung hat auch rationelles Arbeiten zur Bedingung, namentlich in der Handseherei. Anerkannt haben wir auch, daß ein Prinzipal in der „Zeitschrift“ unläufig die Bildungsbestrebungen in der Gehilfenchaft mit einem Generallob bedachte. Anerkennen wollen wir ferner, daß Kreis X (Hamburg) mit der Sitzung des Hauptvorstandes des DVB. in Lübeck ein Kreisjohannisfest verband, weil die Prinzipale sonst mehr und mehr von den Johannissekten abkommen. Anerkannt soll im besondern werden, daß bei dieser Gelegenheit (am 28. Juni in Bad Schwartau) von dem zweiten Vorsitzenden, Stadtrat Heenemann, eine gehalt- und temperamentvolle große Johannissektrede zu vermerken ist, in der auch eine Bezugnahme auf den „Krieg und Abwehrkampf zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer“ nicht fehlte.

Das Aber ist eben, daß im Prinzipalslager zu wenig richtig und zu viel falsch gemacht wird und im Prinzipalsorgan ganz besonders. Die Gehilfenchaft wird durch die kritischen Aufrollungen in dieser und in Nr. 66 des „Korr.“ um so besser unterscheiden können, wie von ihr richtig gehandelt werden muß.

Buchdruckerlohn und Lebenshaltungskosten

In Nr. 62 der „Zeitschrift“ vom 1. August d. J. wird unter der Überschrift „Die Lohnpolitik der deutschen Arbeitgeber“ behauptet, die Lohnhöhe lag im Juli 1924 in allen Industrien ziemlich ausnahmslos erheblich über dem Friedensminimallohn. Diese sehr willkürliche Behauptung zwingt uns, mit aller Deutlichkeit kurz festzustellen, wie in Wirklichkeit die Lohnverhältnisse der deutschen Buchdrucker zurzeit liegen.

Wir stellen daher zunächst fest, daß sowohl nach den Erhebungen der Deutschen Buchdruckerberufsgenossenschaft als des Tarifamtes der Deutschen Buchdrucker der Buchdruckerlohn im Reichsdurchschnitt in den letzten Jahren vor dem Kriege unter Berücksichtigung aller Alters- und Ortsklassenunterschiede einschließlich der tariflichen Leistungszulage von 25 Proz. für die Maschinenseker rund 34 M. wöchentlich betragen hat. In einer Nachprüfung dieser Frage haben wir schon im Januar d. J. in Nr. 10 in dem Artikel „Der Buchdruckerlohn einst und jetzt“ auf Grund unseres eianen umfangreichen statistischen Materials nachgewiesen, daß im Jahre 1912 der wöchentliche Buchdruckerlohn im Reichsdurchschnitt 34,17 M. betrug. Wir kamen also auf anderem Wege als die schon genannten beruflichen „amtlichen“ Instanzen fast genau zu demselben Resultat. Gleichzeitig stellten wir aber auch fest, daß Anfang 1924 der Buchdruckerlohn im Reichsdurchschnitt (Seite 52 der Nr. 10 des laufenden Jahrganges) nur noch 24,19 M. betragen hat. In einer späteren Untersuchung der Lohnfrage haben wir dann gelegentlich unseres Rückblickes auf die letzten Tarifverhandlungen in Nr. 49 vom 7. Juni d. J. dem Spikenslohnrummel des Deutschen Buchdrucker-Vereins das Genie gebrochen, indem wir an Hand der Alters- und Ortsklassenverteilung der Gehilfenchaft nachweisen konnten, daß bei einer Gesamtzahl von 61.279 Gehilfen, die durch unsere Statistik erfaßt werden konnte, nach den jetzt noch geltenden Bestimmungen des Lohn-tarifs der Buchdruckerlohn im Reichsdurchschnitt nur 27,85 M. betrug. Rechnen wir nun hierzu noch den mit nur 15 statt 25 Proz. (der Friedenszeit) in Frage kommenden Aufschlag für Maschinenseker (10 Proz. der gesamten Gehilfenchaft) hinzu, so ergibt sich für die deutschen Buchdrucker zurzeit ein tariflicher Wochenlohn im Reichsdurchschnitt von rund 28 M. Das sind im Vergleich zum Reichsdurchschnitt des Jahres 1912 nur 82 Proz. des Friedenslohnes in der gegenwärtigen Zeit.

Selbst wenn also die Lebenshaltungskosten in der Gegenwart nicht höher wären als vor dem Kriege, so bliebe doch der Reichsdurchschnitts-

lobn der deutschen Buchdrucker noch um 18 Proz. hinter jener der Friedenszeit zurück. Nun kann aber doch nicht bestritten werden, daß die Kosten der Lebenshaltung heute wesentlich höher sind als jene der Friedenszeit! Schon der gegenwärtige Druckpreisetarif, der die Friedenssätze um mehr als 70 Proz. übersteigt, stützt sich ja auf diese allgemeine Verteuerung. Wir wollen diese also nicht bestritten, sondern nur darauf hinweisen, daß die wirkliche Verteuerung nicht einmal durch die Reichsindexziffer richtig und vollständig erfasst wird. Wenn wir trotzdem die letztere als Maßstab des relativen Wertes des gegenwärtigen Buchdruckerlohnes wählen, so beweisen wir damit nur, daß wir den allgemeinen wirtschaftlichen Verhältnissen auch auf dem Gebiete der Produktionskosten in sehr weitgehender Weise Beachtung schenken und uns nur an das halten, was am ehesten, wenn auch viel zu dürftig, ermittelt ist. Nehmen wir also zur Ermittlung des relativen Wertes oder der amtlich zugewiesenen Kaufkraft des Lohnes nur die Reichsindexziffern der seit Inkrafttreten des gegenwärtigen Lohnsatzes in deutschen Buchdruckgewerbe in Frage kommenden letzten zehn Verbrauchswochen, also die Reichsindexziffern vom 11. Juni bis 13. August d. J., so erhalten wir folgende Kupungswerte des tariflichen Buchdruckerlohnes im Reichsdurchschnitt:

Zeitpunkt	Reichsindexziffer	Tariflicher Buchdruckerlohn im Reichsdurchschnitt	Relatives Verhältnis des Buchdruckerlohns im Vergleich zur jeweiligen Reichsindexziffer
1912 (Jahresdurchschnitt)	100	34,17	100
11. Juni 1924	113	28,00	73
18. Juni 1924	112	28,00	73
25. Juni 1924	111	28,00	74
2. Juli 1924	117	28,00	70
9. Juli 1924	119	28,00	68
16. Juli 1924	115	28,00	71
23. Juli 1924	116	28,00	71
30. Juli 1924	114	28,00	72
6. August 1924	114	28,00	72
13. August 1924	114	28,00	72

Also um 30 und mehr Prozent lag allein in den letzten zehn Wochen die Kaufkraft des Buchdruckerlohnes, der zurzeit zwischen 18,92 M. und 33,60 M. (ausschließlich Maschinenfabrikzuschlag) schwankt, unter der durch die Reichsindexziffer festgestellten Kaufkraft des Geldes, ja sogar um weit über 40 Proz. unter dem nach dem Druckpreisetarif anzunehmenden Wert der Mark. Und trotzdem erlaubt sich die „Zeitschrift“ die einseitig erwähnte Behauptung aufzustellen, die Lohnhöhe hätte im Juli d. J. „in allen Industrien ziemlich ausnahmslos erheblich über dem Friedensminimallohn“ gelegen. Höher kann wohl eine solche Irreführung der Leser des Primatalsorgans kaum noch gehen. Aber das ist die Folge davon, wenn man sich seine Taktik und Haltung gegenüber der Arbeiterschaft des eigenen Gewerbes von Leuten vorzuschreiben läßt, die vor lauter Theorie von der Wirklichkeit und den unerlässlichen Voraussetzungen praktischer Gewerbspolitik ebenso weit entfernt sind als der Buchdruckerlohn von den primitivsten Erfordernissen befriedigender Leistungsfähigkeit und Liebe zum Beruf.

Von dem wirtschaftlichen Kampffelde

Die Londoner Konferenz ist am 16. August zu Ende gegangen, einen ganzen Monat hat sie gedauert. Innerer Zolltarif, Ricum-Verträge und Eisenbahntarife kommen in Fortfall. Die militärische Räumung, die am 18. August beginnt, hat allerdings nicht den von der deutschen Vertretung versungenen Entbrennen erhalten. Berzels und Macdonalds Gegensatz in der Schuldfrage verhielt im Berlin mit dem in Frankreich wie in England in der Räumungsfrage noch vorhandenen größeren Widerstande der Reichsparteien ein günstigeres Resultat. In Deutschland schied sich wegen dieser Haltung der Reichsparteien im Auslande gerade die Reichsparteien an, in dem am 21. August zunehmenden Reichstage gegen den Londoner Beschluß und gegen die Annahme des Dawes-Planes zu kämpfen. Der Reichstag muß sofort aufgelöst werden, wenn eine entsprechende Mehrheit nicht zustande kommt, denn als Ganzes betrachtet, sind London und Dawes ein Erfolg für Deutschland. Die oberste Leitung des deutschen Unternehmertums wird nun ihrem Aktionsplan gegen die Arbeiterschaft und gegen die Gewerkschaften mehr Wirkung und Ausdrück geben wollen. Drei Kampfprospekte zur höheren Ehre größerer Ausbeutung und uneingeschränkter Unternehmerherrschaft sind bereits erschienen. Drei Kampfabschnitte der Vereinigung der Deutschen Arbeitervereine sind ebenfalls zu unterzeichnen. In allem, was unternommen und zum Teil durch die Bundesgenossen hingutreten. Die Lebenshaltung müsse bei Durchführung des Dawes-Planes erhebliche Einschränkung erfahren, daher die „Kolonisiertheit“ von Lohnbeschränkungen und Arbeiterentlassungen. Defensivgedanke sollen durch Lebensgaben Getreide und Brot verteuert werden. Fleisch und Fleischwaren helfen bereits beträchtlich, die Weizinspekulation wird brutal zu einer zweiten und härteren Einnahmekurve gemacht. Nächster Schritt liefert daher eine Beleuchtung des wirtschaftlichen Kampffeldes.

In der vorigen Nummer (Artikel „Götterdämmerung“) ist dargestellt worden, daß die politische Reaktion durch die Demonstrationstage unter der Parole „Nie wieder Krieg“ und „Für die Republik“ einen tüchtigen Dämpfer erhalten hat. Wegen der wirtschaftlichen Reaktion haben wir beachtenswerte Stimmen aus bürgerlichen Kreisen und in bürgerlichen Blättern zitiert, die eine Bestätigung dafür bildeten, was von der Arbeiterschaft und in Arbeiterblättern seit langem gegen die Unwirtschaftlichkeit der deutschen Wirtschaft ins Feld geführt worden ist. Der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund und die Spitzenorganisationen der Gewerkschaftsbewegung im allgemeinen wie die sozialdemokratische Reichsstaatsfraktion haben durch Eingaben, durch Vorstelligkeiten werden wie durch Interventionen bereits Vorstöße unternommen, den Dingen beizukommen. Sogar das Dawes Gutachten hat sich dagegen ausgesprochen, daß in Deutschland die trostbarsten Schultern am meisten

geschont und die schwächsten am schwersten belastet werden. (Siehe „Das Dawes-Gutachten und die Arbeiterinteressen“ in Nr. 64.) Das bezieht sich nicht allein auf die Arbeiterschaft, sondern auf alle Lohn- und Gehaltsempfänger wie auf den kleinen Geschäftsmann.

Nicht aber lassen wir das gelten für die vielen, viel zwiefeln Geschäftsexistenzen, die als Kriegs- und als Inflationsgewinnler emporgeschwungen wurden und nach ihrer ganzen Herkunft nur Eintagsfliegen sein können. Sie dürfen, soll die deutsche Wirtschaft wirklich gesund — und das will auch die Arbeiterschaft — unmöglich durchgeschleppt werden. Ihre Abtötung ist unbedingt erforderlich. Die Rücksichtslosigkeit ihres geschäftlichen Tuns während ihrer Konjunkturzeit braucht nicht mit unangebrachtem Mitleid verpackt zu werden von denen, die erbarungslos ausgeplündert worden sind.

Wie steht es denn um die Lage der Arbeiterklasse in Deutschland? Die „Gewerkschaftszeitung“ des ADGB brachte am 9. August eine Zusammenstellung der Indexziffern der Reallohne in verschiedenen Ländern nach dem Stand vom 1. Mai 1924, wobei London mit 100 den Vergleichsmaßstab abgibt. Man erhält das folgende Bild:

Berufe	London	Amsterdam	Berlin	Brüssel	Kristiania	Osaka	Prag	Stockholm	Wien	Warschau
Baugewerbe										
Gelernte Arbeiter:										
Maurer	100	91	32	58	73	263	60	100	47	94
Hiegelfeher	100	91	32	58	73	263	60	100	47	94
Schreiner	100	91	32	58	73	263	60	100	47	94
Zimmerer	100	91	32	58	73	263	60	100	47	94
Spengler	100	91	32	58	73	263	60	100	47	94
Maier	100	91	32	58	73	263	60	100	47	94
Ungelernte Arbeiter:										
Glaserarbeiter	100	90	64	40	91	140	74	132	51	70
Maschinenbau										
Gelernte Arbeiter:										
Monteur	100	90	44	71	86	203	111	77	49	84
Eisenarbeiter	100	85	41	71	86	199	98	77	48	84
Roblerier	100	92	41	96	82	220	117	72	48	78
Dreher	100	90	44	73	86	203	91	77	52	84
Ungelernte Arbeiter:										
Glaserarbeiter	100	101	40	74	115	190	80	98	48	73
Maschinenbau										
Kunstschloffer										
Druckerei und Buchbinderei	100	76	78	61	60	138	74	78	36	—
Gelernte Arbeiter:										
Handwerker	100	77	43	56	68	181	—	74	36	138
Maschinenfabrik	100	80	43	55	63	167	79	76	39	179
Buchbinder	100	86	44	61	80	194	71	75	34	153
Durchschnitt am 1. Mai 1924	100	90	53	63	78	190	87	90	45	105

Es ergibt sich also, daß die angegebenen Zahlen sich ausschließlich auf die Kaufkraft der Löhne beziehen, daß in Ostawa (Kanada) der Arbeiter mit seinem Lohne am meisten anfangen kann. In Warschau und London decken sich Lohn und Kaufkraft. Amsterdam und Stockholm bleiben mit ihren Löhnen in 16 Berufen schon um 10 Punkte zurück, Prag um 13, Kristiania um 22, Brüssel um 37, Berlin um 47 und Wien gar um 55 Punkte. Diese Statistik ist etwas knapp, sie würde jedoch bei Erweiterung die deutschen Löhne nicht heben, denn die Herausstellung von Berlin kann unsres Erachtens die Löhne in Deutschland nur höher erscheinen lassen.

Um diese Tabelle des Internationalen Gewerkschaftsbundes zu ergänzen, lassen wir nach den Veröffentlichungen des Statistischen Reichsamtes in Deutschland noch eine weitere Übersicht von ausländischen Industrien hier folgen. Es wurden gesamt Prozent vom Vorkriegslohn in:

England:	Steinkohlenbergbau	Mai 1924	68
	Baumwollindustrie	Mai 1924	105
	Wollindustrie	Mai 1924	136
	Kammgarnindustrie	Mai 1924	142
Frankreich:	Steinkohlenbergbau	viertes Quartal 1923	115
Madrid:	Kunstschloffer	1923	121
	Monteur und Dreher	1923	150
	Maurer		119
	Zimmerer		143
	Lithographen		119
	Buchdruckerhilfen		109
Schweden:	Bauhandwerker	April 1924	152
	Bauhilfsarbeiter	April 1924	161
Schweden:	durchschnittlicher Tageslohn	1923	123
Staat Newyork:	durchschnittlicher Wochenlohn	Februar 1924	129

Interessant war, am 13. August in der „Münchener Post“ von einem äußert viel in der Welt herumgelaufenen deutschen Metallarbeiter, der gegenwärtig in Nordamerika tätig ist, über die dortigen Lebens- und Lohnverhältnisse einiges zu hören. Der betreffende deutsche Arbeiter geht dabei von wirtschaftlichen Ausführungen der „Münchener Post“ aus, man kann seine Schilderung daher als kritische Auslassungen höher bewerten. Er sagt: In Amerika herrscht große Arbeitslosigkeit infolge Überproduktion. Viele Industrieerzeugnisse sind sehr viel billiger als vor dem Kriege. Die Lebenshaltung ist allerdings um etwa 60 Proz. teurer, hingegen sind die Löhne um 400 bis 500 Proz. höher als in Deutschland. Man möchte das als ein Paradoxon ansehen, wenn man nicht wüßte, daß in Deutschland die Unwirtschaftlichkeit der Betriebe noch eine Präzisierung durch die Konventionspreise der großen wirtschaftlichen Unternehmerverbände erfährt; eine Preispolitik, die darauf basiert, auch die überflüssigsten und rückständigsten Betriebe am Leben zu erhalten. Aber die Löhne macht der deutsche Amerikaner Angaben, die erstaunlich klingen: Die Maurer stehen mit 7,50 bis 8,00 M. in der Stunde voran, Schneider, Tischler, Bäcker kommen im Mittel auf 3 M.

Stundenlohn, Metallarbeiter bleiben darunter, ungelernete Arbeiter erhalten 2,10 M. Stundenlohn.

In Deutschland wehren sich die Unternehmerverbandsstrategen mit Händen und Füßen gegen Vergleiche der Folgen ihrer Lohnpolitik mit den Lohnverhältnissen im Ausland. Sie wollen es nicht wahr haben, daß die Preis- und Wirtschaftspolitik, die Lohnpolitik und Arbeitszeitpolitik der großen Wirtschaftsorganisationen der Unternehmer und der Arbeitgebergewerkschaften die treibenden Kräfte auf dem wirtschaftlichen Kampffeld in Deutschland sind, und daß alle Beunruhigung, größere Aktivität und verstärkter Zusammenprall der wirtschaftlichen Kräfte und Organisationen dazurückzuführen ist. Auch nicht, daß die geradezu unfassbare Rückkehr zu den Agrarzöllen (wenn der Landwirtschaft könnte auf bessere Weise geholfen werden), Steuerfragen (Brutalität der Steuerverordnungen mit dem Gipfel der unheimliche Progression zehrenden Mietzinssteuer), die Komödie der Aufwertungsfrage, die aus dem Dawes-Gutachten besorgte, von den Sachverständigen aber auch ausdrücklich beabsichtigte größere Heranziehung des trocknen Geschreies über Steuerdruck bisher noch immer recht geschonten Besitzes, die Verteuerungsfolgen des ungeachtet aller Konzernpolitik überhand genommenen Zwischenhandels und noch manches andre zu erheblicher Verschärfung der seit 1918, ja an sich schon großen Spannung zwischen Kapital und Arbeit führen und führen müssen; Das aber auf Konto der Arbeiterschaft setzen zu wollen, erfordert um so mehr Zurückweisung, als ja wohl auch der Blinde fühlen kann, wie sehr und rücksichtslos gegen die Allgemeininteressen die „deutsche Wirtschaft“ die Diktatur in dem „Vollstaate“ Deutschland erstrebt. Die im Leitartikel der vorigen Nummer geschilderte kapitalistische Götterdämmerungsstimmung ist jedoch trotzdem nicht unbeachtlich, denn sie zeugt immerhin von beträchtlichen Zweifeln über die Möglichkeit des Zieles und über die Zweckmäßigkeit der angewandten Mittel. Hierzu wesentlich beigetragen zu haben, ist das Verdienst der von langer Hand betriebenen Gewerkschaftspolitik des ADGB, und der besondern, nicht mehr allein von großen Versprechungen gespeisten Arbeiterpolitik der SPD. Die Massen mit dem seit dem Inflationshauptjahre 1923 stärker eingetretenen Zurückgehen der Novemberhochstuf von 1918, die leider auch 1924 die Gewerkschaften zahlenmäßig noch beträchtlich zurückgehen läßt, wie das ebenso große Verlagen des eigentlichen Volkes bei den Reichstagswahlen 1924 haben den Nachhunger der Wirtschaftsarößen eher noch gefördert, hätten ihnen beinahe den mit dem Inflationshochdruck geführten großen Schlag gegen die Organisationen der Arbeiterschaft beinahe lassen. Die Kommunisten sind den Kapitalsgößen wahrlich getreuliche Helfer, die „Reformisten“ jedoch wissen diese Allierten immer wieder in ihren Spekulationen zu täuschen.

Dem deutschen Unternehmertum in seiner ungeschminkten, von Besinnungsansätzen noch ziemlich ungestörten Verfassung gebührt wirklich die Einschätzung, wie sie ihm von der hervorragenden bürgerlichen englischen Wirtschaftszeitschrift „The Economist“ unlängst folgendermaßen zuteil geworden ist:

Es kann nicht verhehrt werden, daß die Arbeit in Deutschland gegenwärtig äußerst schlecht bezahlt wird. Die Nominallöhne sind geringer als vor dem Kriege, während die Kosten der Lebenshaltung um 45 bis 50 Proz. höher stehen. Die Real-löhne betragen demzufolge nicht mehr als 60 Proz. der Friedenslöhne.

Die deutschen Unternehmer sind äußerst anmaßend. Sie sind in der Tat die geistigen Erben der alten Militärfaste. Wenn die Unternehmer nicht eine versöhnlichere Haltung annehmen, so wird der Tag der Abrechnung kommen, und vielleicht viel früher, als es die meisten heute vermuten.

Das ist für uns ja nichts Neues, aber wer es ausspricht, das ist das Wichtigste und Schwere dieses Urteils über das deutsche Unternehmertum im allgemeinen.

Im speziellen und in der Kritik aus dem eignen Lande erscheint die deutsche Unternehmerschaft in keinem besseren Lichte. Da hat ein Jesuitenpater namens Siebert zu Anfang Juli d. J. den katholischen Arbeitgeber ein Privatstimium gelesen, aus dem hier einige Hauptstellen folgen sollen:

Eine tiefe Gärung geht durch die Reihen der Arbeitnehmer. Entlassungen, Aussperrungen, Deraufhebung der Arbeitszeit, Lohndruck, das alles wird empfunden als Ausbruch triumphierender Mächteroberung, als Rache für die letzten fünf Jahre. . . . Im Gesichtswinkel des Arbeiters wohnen Person und Sache dicht nebeneinander. Von einem gläubigen oder, wie die Redensart heißt, streng katholischen Arbeitgeber erwarten Freund und Feind, daß sich die Grundzüge der Nächstenliebe nicht erschöpfen in Almosen für Volkspfeisungen, sondern sich bewähren in der sozialen Betätigung für die eigenen Angehörigen.

Ob die Löhne herabgesetzt werden müssen, ob der Tariflohn als Minimallohn immer die Grenze des Lohnes bleiben muß, kann nicht nach Gesinnungsgrundsätzen entschieden werden, das sind wirtschaftliche Fragen. Aber ich habe den Eindruck: Unfre empfortretenden Unternehmer sind oft sehr tüchtige Geschäftsleute, können haarstark kalkulieren, was die Konjunktur ausnützen und den Konkurrenten überbieten, aber eins acht ihnen oft ab: sie sind keine Seelenkennner, verstehen die Seele des Arbeiters nicht mehr, selbst wenn

sie von der untersten Stufe emporgestiegen sind. Die Redensart „Die hohen Löhne ruinieren den Betrieb“ ist seit dem Kriege so oft gehört und durch die Wirklichkeit widerlegt worden, daß man sich nichts vergibt, wenn man in wohlwollendem Tone offen miteinander verhandelt und auch da nicht von den Untergebenen eine Wäßigung verlangt, die man selbst nicht aufbringt.

Entlassungen liegen und lassen sich nicht immer vermeiden, aber auch da erwartet man vom katholischen Arbeitgeber mehr als die Erfüllung gesetzlicher Bestimmungen.

Die verlängerte Arbeitszeit ist das dritte Kampfobjekt. . . . Wer eine triumphierende Miene zur Schau trägt über die Durchlöcherung des Achtstundentages, wer sich möglichst rächen und schadlos halten will für alle Entlassungen siegestruenkener Arbeiter, wer den Anschein erweckt, daß die verlängerte Arbeitszeit doch eigentlich nicht der Allgemeinheit, sondern nur wieder dem Unternehmer zugute kommt, der zeigt, daß er immer noch nicht verstanden hat, die Seele des Arbeiters zu schonen und ihm alle unnötigen Bitterkeiten zu ersparen.

Was nützt alles Festtagsgerede, alle Schaufenster- und Fassadenkunst, alles sehr geistreiche Athetentum! Über den „katholischen Menschen“ ist sinnreich, geistreich und tief geschrieben, aber schließlich entscheidet den Wert einer Weltanschauung nicht die Genialität ihrer geistigen Verfechter, sondern das Leben, die alles gestaltende Praxis.

Dieser etwas größere Auszug rechtfertigt sich gewiß mit Hinweisen auf die in der vorigen Nummer erwähnte Proklamierung der Schicksalsgemeinschaft des ganzen deutschen Volkes durch den westfälischen Oberpräsidenten Gronowski (einen christlichen Gewerkschaftsführer) und der Gegenüberstellung der großen Bauarbeiterausperrung in Rheinlands-Westfalen aus Gründen des Lohnrückgangs, der Stilllegungsmarie im rheinisch-westfälischen Bergbau mit dem Hintergedanken einer 15prozentigen Lohnherabsetzung und der eigenmächtig von der Kreisleitung des Deutschen Buchdrucker-Vereins für die besetzten Teile von Rheinlands-Westfalen verfügten, jedoch nur vereinzelt erfolgten Einstellung der Sonderzulagen im Buchdruckgewerbe. Wenn ein katholischer Geistlicher den Unternehmern seiner Glaubensrichtung derartig in das Gewissen reden muß, dann ist es schon sehr weit gekommen. Das österreichische kapitalistische Panama von Wöllersdorf zeigt im großen, wohin es führt, wenn materiell und ideell gegen die Arbeiter gewirtschaftet wird.

Wenn der „deutschen Wirtschaft“ doch gewiß nicht gefährliche Reichswirtschaftsminister Hamm in einem Interview einem englischen Journalisten gegenüber zu Anfang August von dem „gewaltigen Rückgang der inneren Kaufkraft“ sprach und dabei an dem ganzen Produktionsapparat Deutschlands Kritik übte vom Standpunkte der Unwirtschaftlichkeit aus, dann bekommen solche warnenden Stimmen wie die des Jesuitenpaters Siebert und die in voriger Nummer aus bürgerlichen Blättern zitierten noch mehr Berechtigung. Aber auch das, was die Löhne und die Lebenskosten im Ausland gegen Deutschland besagen. Das Zammern über die Kapitalnot verliert doch an Berechtigung. Seit Mitte Juli ist durch die Wiederaufnahme des Wechselbistkontogeschäftes von Seiten der Preussischen Staatsbank ganz unerkennbar ein Wendepunkt zum Besseren eingetreten; sie konnte die großen Mengen täglich lösbaren Geldes nicht anders unterbringen. Das Kredit-system war durch die Inflation vernichtet, anstatt es so schnell wie nur möglich wieder aufzubauen, wurde von der ganzen Geschäftswelt nur nach Geld geschrien. Auch in dieser Beziehung ist unheimlich gesündigt worden von den „Wirtschaftsweisen“, und die Schädlichkeit an der Arbeiterschaft soll wieder ihrer Weisheit letzter Schluß sein.

Im Brennpunkt des wirtschaftlichen Kampffeldes steht gegenwärtig das, was die Kampfschrift der Vereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände über die Lohnpolitik der deutschen Arbeitgeber hat hinausgehen lassen. Eine Broschüre unter dem Titel „Industrie und Sozialpolitik“ ist vorausgegangen, eine unter der Überschrift „Die Arbeitszeitfrage in Deutschland“ ist gefolgt. Allein Ansehung nach wird in der Schreiberei über die Lohnpolitik der Arbeitgeber der Gipfel unternehmerseitiger Herrschaft erreicht. Es werden die Vorzüge der gewerkschaftlichen Spitzenorganisationen im April und die sozialdemokratische Interpellation vom Juli gegen die in Deutschland üblich gewordenene Sorte von Wirtschaftspolitik die Unternehmerseelen der höheren Regionen ja schon zum Kochen gebracht haben, das Dawes-Gutachten ließ sie aber überkochen. Die bewußten Sachverständigen haben sich nämlich erkühnt, in ihrem Gutachten zu verlangen, daß zur Durchführung nicht etwa die Lage der deutschen Arbeiterschaft unter das internationale Durchschnittsniveau herabgedrückt werde; ein deutsches Dumping aus dieser Ursache will man absolut vermeiden wissen. Die Vereinigung der Arbeitgeberverbände will nun mit ihrer Broschüre „einen letzten Versuch sachlicher Aufklärung“ unternehmen und benutzt dazu den Weg einer heftigen und unfaßlichen Attacke gegen die Gewerkschaften. Die von aller Welt Angeklagten werden also zu Anklägern ihrer Ausbeutungsoffer.

Der Inhalt der Broschüre geht kurz gesagt dahin, daß die Erfüllung der Verpflichtungen aus dem Sachverständigengutachten nur möglich werden könne, wenn man den deutschen Arbeitgebern völlige — Ausbeutungsfreiheit belasse. Ihre Lohnpolitik ist natürlich über jeder Zweifel erhaben. Der Satz von den niedrigen deutschen Löhnen treffe nach dem heutigen Lohnstande nicht zu. Die ungelerneten und die ungelerneten Arbeiter hätten im Juli 1921 in allen Industrien ziemlich ausnahmslos mehr als den Friedensminimallohn gehabt. Durch ihre richtige Lohnpolitik habe die deutsche Unternehmerschaft erhebliche Hindernisse

für einen Preisabbau aus dem Wege geräumt. (Das stimmt natürlich ebensowenig wie die vorhergehenden Selbstbelobigungen.) Da die Kreditpolitik des Reichsbankpräsidenten mit einem weiteren hinauffahren der Löhne in unlöslichem Widerspruch stehen soll (was wieder eine sehr falsche Behauptung ist), so müsse Lohnreduktion nur in Arbeitszeitverlängerung und Akkordarbeit gesucht werden. Die Angst vor den Kommunisten dränge die Gewerkschaften zu immer neuen Lohnreduktionen; es sei zu fragen, bei welcher Lohnhöhe die Gewerkschaften überhaupt Halt machen wollen. Sogar die gewerkschaftliche Lehrlingspolitik, d. h. die tarifliche Erfassung der Lehrlinge, wird zu einem Angriffsobjekt gemacht.

An einigen direkten Auszügen sei die kapitalistisch-nationalistische Scharfmacherei und Verdreherei noch deutlicher gekennzeichnet:

Der geltende deutsche Lohn zeigt in der großen Linie fast dasselbe Verhältnis zum Auslandslohn wie in der Vorkriegszeit, wenn man die reale Kaufkraft der ausländischen Nominallöhne auf Grund der ausländischen Lebenshaltungskosten umrechnet.

Wenn sich der deutsche Lohn heute noch vielfach unter einem vergleichbaren Auslandslohn bewegt, so ist festzustellen, daß dies stets der Fall war und in der Natur der verschiedenartigen Wirtschaftsbedingungen der einzelnen Länder, der Beschaffenheit der Betriebe, der Veranlagung der Bevölkerung, der klimatischen und der Währungsverhältnisse begründet und überdies angesichts der Verbesserungen der deutschen Industrie auch unvermeidlich ist.

(Darauf wird an die Gewerkschaften die Forderung gerichtet): endlich davon Abstand zu nehmen, durch politisch unkluge und sachlich ungerechtfertigte Vergleiche deutscher und ausländischer Löhne immer wieder Unzufriedenheit in die Reihen unserer Arbeiterschaft zu tragen, damit neue Lohnforderungen zu begründen und vor allem der ausländischen Konkurrenz Material zur Schädigung der deutschen Industrie an die Hand zu geben.

Einfach hanebüchen aber wird das Tun der Arbeitgeberverbände mit folgenden zwei Stellen:

Die deutsche Arbeitgeberchaft weist darauf hin, daß der jahrelange Kampf der deutschen Gewerkschaften gegen die deutschen Arbeitgeber, die unsäglich vorgebrachten Vorwürfe der Lohnrückerei und der Ausbeutung nicht ohne Eindruck auf die ausländische Konkurrenz und die ausländischen Regierungen geblieben sind, die in dem ihnen aus deutscher Hand gelieferten Material die Begründung für ihre Verleumdungen finden, das Sachverständigengutachten dazu auszunutzen, die deutsche Wirtschaft für Menschenleben unter den Einfluß der ausländischen Konkurrenz zu bringen.

Seit Jahr und Tag haben sich die deutschen Gewerkschaften bemüht, der deutschen Arbeitgeberchaft in aller Öffentlichkeit den Vorwurf eines durch unerträglich niedrige Löhne ermöglichten Dumpings im Export zu machen. In dem Sachverständigenbericht treten die internationalen Wirkungen dieser kurzfristigen Politik deutlich zutage.

Weshalb die deutschen Gewerkschaften in ihren Irrtümern befangen, so läßt sich die wirtschaftliche und politische Anfeindung Deutschlands auf Jahrzehnte hinaus vorausagen.

Nach allem, was vorausgehend hier gesagt und in dem zweiten Artikel dieser Nummer in bezug auf die Lohnverhältnisse der Buchdrucker zahlenmäßig gegen die Lohnpolitik der Arbeitgeber dargelegt worden ist, können diese Sätze in ihrer monumentalen Verunfälschung unberührt bleiben. Das alte Deutschland ist an seinem Militarismus zugrunde gegangen, das neue wird an der Borniertheit eines solchen Kapitalismus scheitern!

Die Arbeitszeitfrage in Deutschland ist der andre Brennpunkt auf dem wirtschaftlichen Kampffelde. Er wird noch heftiger durch die erschienene dritte Schrift der Vereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände. Wir wissen es wohl, seitdem die Spitzenorganisationen der Gewerkschaften auf die Anerkennung des Washingtoner Abkommens durch Deutschland dringen und bei Nichtausgabe von Seiten der Reichsregierung mit dem Volksentscheid über den Achtfundentag drohen, sind einige maßgebende Großindustrielle außer Rand und Band geraten. Das zu wissen sei, daß die Arbeitszeitverordnung des Reichsarbeitsministers mißfällig der Schiedspruchspraxis in Arbeitszeitfragen schon eine solche Bekämpfung gefunden haben, daß die amtlichen Stellen jetzt mehr Zurückhaltung üben, daß ferner bei den Verhandlungen der Internationalen Arbeitskonferenz in Genf vor einigen Wochen der den negativen Standpunkt vertretende deutsche Regierungsvertreter nicht durchgeschlagen hat, sondern die Aussprechung der Bereitwilligkeit von Seiten der andern Länder das Entscheidende war. Deutschland und Völkerbund werden nicht mehr lange getrennte Begriffe sein. Deutschland kann dann nicht, weil es seine soziale Reaktion so will, aus der Reihe tanzen. Man wird also nervös und sieht die Karte mit dem Achtfundentage doch die Arbeiterschaft gewinnen. Deshalb klingt es in falschen Behauptungen und in falschem Aufbegehren aus der Broschüre Nr. 3:

Wir können uns keine Vergleiche mit dem Zustand gestalten, mit demselben Zustand, das unser politischer Zwingherr und unser wirtschaftlicher Gläubiger ist. Wann dürfte ein Schuldner sein Existenzminimum und seine Lebensbedingungen je mit den Ansprüchen seines wohlhabenden Gläubigers vergleichen? Das muß den deutschen Gewerkschaften in diesem Zusammenhange einmal mit aller Deutlichkeit gesagt werden. Wer eine Rettung des deutschen Volkes aus eigener Kraft erhofft, lehnt jeden internationalen Vergleich bei der Gestaltung unserer Arbeitsbedingungen ab.

Das deutsche Volk, die deutsche Wirtschaft können und dürfen nicht ratifizieren, da wir bei der uns schon auferlegten und noch bevor-

stehenden Belastung keinerlei internationale Bindungen übernehmen dürfen, die wir im Kampf um unser Dasein doch nicht befolgen können und durch Nichtbefolgung uns unter Umständen wirtschaftlichen Sanktionen der ausländischen Regierungen und Konkurrenzen aussetzen. Das sind die gleichen geschwollenen Töne wie vor gar nicht so langer Zeit noch gegen die Erfüllungspolitik. Damit ist es jetzt ganz anders geworden, und mit dem Ratifizieren kommt es auch noch anders. Vater Siebert sagt ja so hübsch und geradeheraus, das mit dem Zugrundegehen der Betriebe durch die hohen Löhne ist zu oft gesagt worden und zu wenig eingetroffen, es findet also keine Gläubigen mehr.

Aber das glaubt ein jeder, daß mit so solcher Wirtschaftspolitik, wie sie aus der Broschüre entlockt der Zentralorganisation der Unternehmerverbände erhellt, Deutschland zu keinem wirklichen Frieden kommt, wenn auch Versailles jetzt in London begabten sein sollte. Die Unternehmerverbandstatik hat zu viel rasende Böde geschossen, hat zu viel Brutalität offenbart und hat so wenig Schicksalsgemeinschaft bewiesen, als daß sie die deutsche Arbeiterschaft aus der Kampfstellung herausbringen könnte. Der Verrat beim französischen General Gedoutte mit dem Achtfundentag war das Schmächtigste.

Wir glauben also nicht, daß die Götterdämmerung größere Kreise ziehen wird und müssen daher unter scharfer Abweisung aller sozialreaktionären Anschläge und unsozialer Gesetzesvorlagen der Arbeitermasse das Wort Wilhelm Liebknechts zurufen: Bereit sein ist alles!

Sozialgesetzgebung und bürgerliches Recht

Anordnung über die Höchstföhe in der Erwerbslosenfürsorge

Auf Grund des § 10 Absatz 1 Satz 1 der Verordnung über Erwerbslosenfürsorge vom 16. Februar 1924 hat der Reichsarbeitsminister nach Benehmen mit dem Verwaltungsrat des Reichsamts für Arbeitsvermittlung angeordnet:

I. Die Höchstföhe der Erwerbslosenunterstützung betragen vom 1. August 1924 an bis auf weiteres wochentäglich:

	Im Wirtschaftsgebiet I (Osten)			
	in den Orten der Erstklassen			
	A	B	C	D u. E
1. für männliche Personen				
a) über 21 Jahre	90	84	78	72 Rentenpfennige
b) unter 21 Jahren	54	50	46	42 Rentenpfennige
2. für weibliche Personen				
a) über 21 Jahre	80	75	70	65 Rentenpfennige
b) unter 21 Jahren	48	44	40	36 Rentenpfennige
3. als Familienzuschläge für				
a) den Ehegatten	30	28	26	24 Rentenpfennige
b) die Kinder und sonstige unterstützungsberechtigte Angehörige	22	21	20	19 Rentenpfennige

	Im Wirtschaftsgebiet II (Mitte)			
	in den Orten der Erstklassen			
	A	B	C	D u. E
1. für männliche Personen				
a) über 21 Jahre	100	93	86	79 Rentenpfennige
b) unter 21 Jahren	60	56	52	48 Rentenpfennige
2. für weibliche Personen				
a) über 21 Jahre	90	84	78	72 Rentenpfennige
b) unter 21 Jahren	55	51	47	43 Rentenpfennige
3. als Familienzuschläge für				
a) den Ehegatten	35	33	31	29 Rentenpfennige
b) die Kinder und sonstige unterstützungsberechtigte Angehörige	25	23	21	19 Rentenpfennige

	Im Wirtschaftsgebiet III (Westen)			
	in den Orten der Erstklassen			
	A	B	C	D u. E
1. für männliche Personen				
a) über 21 Jahre	110	102	94	86 Rentenpfennige
b) unter 21 Jahren	66	62	58	54 Rentenpfennige
2. für weibliche Personen				
a) über 21 Jahre	100	93	86	79 Rentenpfennige
b) unter 21 Jahren	60	56	52	48 Rentenpfennige
3. als Familienzuschläge für				
a) den Ehegatten	38	35	32	29 Rentenpfennige
b) die Kinder und sonstige unterstützungsberechtigte Angehörige	27	25	23	21 Rentenpfennige

II. Die Grenzen der drei Wirtschaftsgebiete fallen mit denen der drei Lohngebiete zusammen, die bei der Bemessung der Reichsarbeiterlöhne zugrunde gelegt sind.

III. Für weibliche Erwerbslose über 21 Jahre, die nachweisen, daß sie Familienangehörige zu ernähren haben, gelten dieselben Höchstföhe wie für Männer über 21 Jahre.

IV. Die Familienzuschläge (Nr. 1, 3) dürfen insgesamt dasundert halbfache der Hauptunterstützung (Nr. 1, 1 und 2), im Falle der Nr. III die Hauptunterstützung nicht übersteigen. Beibehalten der männlichen Hauptunterstützungsempfänger im Wirtschaftsgebiet II 6 x III - 6 W., so darf er an Familienzuschlägen daneben nicht mehr als 1/2 W. pro Woche beziehen. Der weibliche Hauptunterstützungsempfänger daneben könnte im Höchstfalle nur 6 + 6 = 12 W. erhalten.

V. Soweit die Gesamtunterstützung den durchschnittlichen Reinerwerb dienstverleiherbarer Arbeitnehmergruppen erreichen würde, dürfen die Familienzuschläge, auch abgesehen vom Falle der Nr. III, die Hauptunterstützung nicht übersteigen.

VI. Die selbständigen Unterstützten, die mehrere in einem gemeinschaftlichen Haushalt lebende Familienmitglieder erhalten, dürfen insgesamt das Zweieinhalbfache der Unterstützung nicht übersteigen, die dem höchstunterstützten Mitglied der Familie für seine Person zusteht. Der Vorstand der Familie gilt im Sinne dieser Bestimmung als ihr Mitglied. Beispiel: Ein Familienvater mit Frau und zwei Kindern besitzt für sich 6 + 5,10 M. Familienzuschlag. Wohnen bei ihm nur Brüder, Schwäger usw., so dürfen diese zusammen nur 9 M. Wohnunterstützung erhalten.

VII. Sind Pfennigbeträge auszusahlen, die nicht durch fünf teilbar sind, so können sie auf den nächsthöheren durch fünf teilbaren Betrag aufgerundet werden. P. Lo.

Sofort bei der Post den „Korr.“ bestellen! In der Ausgabe wird beim Monatswechsel nur durch sofortiges Abonnieren Lösung vermieden. Probeausgabe nach dem 25. August 20 Pf. Bezugspreis 0,20 Goldmark für den Monat. Zustellungsgebühr 12 Pfennige extra.

Korrespondenzen

Berlin. (Korrektoren — Halbjahrsbericht.) Trotz der mißlichen Lage der Berliner Buchdrucker nach dem verlorenen Novemberstreik und infolge der Anfang des Jahres herrschenden schlechten Konjunktur, durch die die Korrektorenpartei ganz besonders in Mitleidenschaft gezogen wurde, sind im arden ganzen die Mitglieder ihrer Sparvereinsvereins treu geblieben. Das Vereinsleben entwickelte sich in geregelter Bahnen, so daß mit Hoffnung und Zuversicht dem weiteren Werdegang entgegenzusehen werden kann. Nachdem Kollege Adolf Reich als Vorsitzender niedergelagt hatte, wurde Kollege Hans Grunewald mit der Leitung des Vereins betraut. — Da die Erörterung der Lohnfragen, die im vergangenen Jahre bei den sich überfüllenden Lohnveränderungen den Hauptpunkt der Vereinsversammlungen bildete, durch die geregelten Verhältnisse in den Hintergrund getreten war, nahmen nunmehr die gehaltenen Vorträge in erhöhtem Maße das Interesse der Kollegen in Anspruch. Vor allem sei der Vortrag des Herrn Busse über „Offenbarung“ erwähnt sowie des Sekretärs der Konsumgenossenschaften Herrn Gropler über „Die Bedeutung der Konsumgenossenschaften im modernen Wirtschaftsleben“. Natürlich fanden auch die tariflichen und organisatorischen Fragen erschöpfend ihre Erledigung. — Als Abschluß des Halbjahres fand am 13. Juli eine Wanderversammlung in Werder a. d. Havel statt. Die Berliner Teilnehmer trafen mit Familienangehörigen um 9,30 Uhr mit der Bahn in Wildpark bei Potsdam ein, wo sie von den Potsdamer Kollegen erwartet wurden. Nach einständiger Wanderung bei prächtigen Wetter durch den herrlichen Wildpark und über Kuhdorf und nach Überfahrt über die Havel wurde im Gasthaus „Zur Überfahrt“, dem Ziel der Wanderung, Einkehr gehalten. Nach dem Frühstück fand die Versammlung statt, zu der auch noch mehrere Kollegen aus Brandenburg erschienen waren. Kollege Grams hielt das Referat: „Zeitgemäße Korrektorenfragen“, in dem er der Korrektoren Mühe und Sorgen, Erreichtes und Nichterreichtes historisch behandelte und die Widerstände darlegte, die sich ihren Wünschen allerorts entgegenstellten. Darauf wurde zur Wahl der Delegierten zum V. Deutschen Korrektorentag in Hamburg geschritten. Gewählt wurden die Kollegen Grunewald, Kruse (Berlin) und Schreyer (Brandenburg). Nach der Versammlung wurden auf einem Spaziergang die Schönheiten Werders und Umgebung genossen. Die herrliche Aussicht von der „Bismarckhöhe“ aus wird jedem, der für Naturschönheiten empfänglich ist, unvergeßlich sein. Zurückgelehrt im Lokal „Zur Überfahrt“ fand ein gemütliches, familiäres Zusammensein statt, wo bei Unterhaltung, Musik und Tanz die Stunden nur zu rasch verfliegen. Alles in allem ein schöner Tag! Dank denen, die zu dessen Gelingen beigetragen haben.

Brieg. Die am 3. August in Ziegenhals abgehaltene Bezirksversammlung war von 87 Kollegen aus den Ortschaften Brieg (37), Oppeln (28), Reiffe (16), Ohlau (3), Neustadt (2), Gr.-Strehlik (1) besucht und wurde durch zwei belläufige aufgenommenen Vieder des Kollegenvereins „Gutenthera“ (Brieg) eingeleitet. Bezirksvorsitzender Spiwock eröffnete die Versammlung und begrüßte die Erschienenen. Eines verstorbenen Kollegen wurde in ehrender Weise gedacht. Nach den Berichten der Ortsvereinsvorstände sind die tariflichen Verhältnisse im Bezirk bis auf Brieg zufriedenstellend. Hierauf gab Bezirkskassierer Bohanus den Kassenbericht; es wurde ihm für gute Kassenführung Entlastung erteilt. Den wichtigsten Teil der Versammlung bildete der kurze, aber lehrreiche Vortrag unfres Gauvorstehers Fiedler über „Organisatorische und wirtschaftliche Tagesfragen“, der lebhaften Beifall aller Kollegen fand. Die Ehrung von Verbandspublikaren wird auf Antrag Oppeln wieder eingeführt. Zum Andenken an unsre im Weltbrand 1918 Gefallenen fand eine kurze Versammlungspause statt, die mit dem Gedicht „Wie wider Krieg“ endete. Ein einmütiger Antrag: „Arbeitenden und Kurarbeitenden Treue und 3 M. Mitgliedschaft aus der Reichskasse in bewilligen“, wurde angenommen. Die nächste Bezirksversammlung findet in Ohlau statt. Nach Erledigung verschiede-

ner Bezirksangelegenheiten hatte die anregend verlaufene Versammlung ihr Ende erreicht. Eine gemeinsame Mittagstafel vereinigte die Kollegen bis zur Abfahrt zu einem fröhlichen Beisammensein. Ein Teil Brieger Kollegen hatte in den ersten Morgenstunden eine unvergeßlich schöne Gebirgstour auf die „Bischofsberge“ gemacht.

Allgemeine Rundschau

Erscheinen der nächsten Nummer des „Korr.“. Um den Ausgang der Lohnverhandlungen noch mitbringen zu können, wird es vielleicht notwendig werden, die am 23. August fällige Nummer später erscheinen zu lassen, so daß sie wegen des dazwischen liegenden Sonntags zum Teil erst am Montag, 25. August, in die Hände unsrer Leser gelangen dürfte.

Verbandsstagsnummer des „Korrespondent“. Zu den bevorstehenden Buchdrucker tagungen wird eine Hamburg-Nummer am 30. August erscheinen. Verbandsnachrichten und Inserate zu derselben müssen bereits am 28. August in den Händen unsrer Geschäftsstelle sein. Einblendungen redaktioneller Natur können nur noch in der Nummer vom 27. August Aufnahme finden, müssen also am 25. August früh hier eingegangen sein.

Unter Aufsicht des Verbandsorgans. Der August hat eine Erhöhung der Auflage um 3000 gebracht; sie beträgt nun 47 050. Das ist seit dem Niederbruch im November durch die Inflation eine Steigerung um 82 Proz. Aber den bevorstehenden Verbandsstags in Hamburg wird so gleich in den ersten Septemberrummern eine ausgedehnte Berichterstattung erfolgen. Der „Korr.“ wird also noch größeres Interesse für jedes Verbandsmitglied haben. Neue und alte Bezahler müssen aber bis spätestens 25. August ihr Abonnement bei der Post bewirken.

Wichtige Tagung des Zeitungsverlegervereins. Wenige Wochen nach seiner Hauptversammlung in Stuttgart beruft der Verein Deutscher Zeitungsverleger seine Mitglieder bereits für den 31. August wiederum zu einer außerordentlichen Hauptversammlung nach Kassel zusammen. Wichtige Fragen, so heißt es in der Bekanntmachung im „Zeitungsverlag“, insbesondere der Antrag des Arbeitgeberverbandes für das Deutsche Zeitungsgewerbe, daß hinfür die Mitglieder des Vereins Deutscher Zeitungsverleger zwangsläufig auch Mitglieder des Arbeitgeberverbandes sein sollen, bieten Veranlassung zur Einberufung der Kasseler Tagung. Außer diesem Hauptpunkte weist die Tagesordnung noch drei weitere auf: Allgemeine Lage, Bezugspreisgestaltung und Verschiedenes. Man geht wohl nicht fehl in der Annahme, daß das kategorische Verlangen des Arbeitgeberverbandes erhebliche Widerstände und Mißbilligungen im Zeitungsverlegerverein gesetzt hat, die der Organisationsleitung der Zeitungsverleger die Notwendigkeit nahelegen, die Mitglieder selbst darüber entscheiden zu lassen.

Von der Deutschen Bäckerei in Leipzig. Nachdem die Schwierigkeiten überwunden sind, in die die Deutsche Bäckerei in der Inflationszeit geraten war, soll demnächst die Stelle des ersten Direktors an diesem vorbildlichen deutschen Kulturinstitut wieder besetzt werden. Der geschäftsführende Ausschuss der Deutschen Bäckerei hat sich für Dr. Heinrich Uhlendahl (Berlin) entschieden, dessen erfolgreiche organisatorische Leistungen an der Preussischen Staatsbibliothek für das Weiterarbeiten der Deutschen Bäckerei Gutes erwarten lassen.

Ausstellung im Nürnberger Buchgewerbejahr. Die Photochemie, dieses interessante und wichtige Gebiet des graphischen Kunstgewerbes, behandelt die 12. Ausstellung des Nürnberger Buchgewerbejahres. Neben der Vorführung verschiedener Werdegänge für Strichlitze, Regierung und Dreifarbenätzung werden alle Möglichkeiten in der Photochemie gezeigt und gleichzeitig ein Bild vom gegenwärtigen Stand dieser Kunst gegeben. Die Ausstellung wird am 24. August in der Bayerischen Landesgewerbeausstellung mit einem Einführungsvortrag des Kunststiftungsbesizers Herrn Ludwig Kriegbaum eröffnet. Der Eintritt ist kostenlos.

Die Reklamemesse. Die Ortsgruppe Groß-Berlin des Verbandes Deutscher Reklamemachende, E. V., veranstaltet in der Zeit vom 21. bis 24. August in Berlin, in den Ausstellungshallen des Staatsinstituts in der Seestraße, eine Reklamemesse. Im Hauptteil der Ausstellung wird Innen- und Außenreklame jeder Art in Drucksachen und Packungen, in Lichtbild, Film, Geschenkartikeln usw. zur Geltung kommen. Ebenso werden die zur Ausbreitung und zur Erfolgskontrolle nötigen Bureaueinrichtungen, Registrierungen, Karteien und allerlei sonstiges Gerät dort ausgestellt. Im Einverständnis mit dem Verband der Fachpresse Deutschlands, E. V., wird auf der Reklamemesse auch ein Zeitschriftenarchiv ausgestellt sein, das möglichst alle in Deutschland erscheinenden Zeitschriften enthalten soll. Es werden hierzu nach Gruppen eingeteilte Lesemappen benutzt.

Wettbewerb des Volksreisebundes. Unter Vermittlung der Typographischen Vereinigung Berlin veranstaltet der Volksreisebund zur Erlangung eines Außenplatzes einen Wettbewerb, an dem alle Verbandskollegen teilnehmen können. Wie uns dazu vom Vorstand des Volksreisebundes aus Berlin mitgeteilt wurde, ist von ihm auf Wunsch mehrerer erst aus dem Ferienurlaub zurückgekehrter Kollegen der Schlußtermin für den Wettbewerb auf den 31. August festgesetzt worden. Ferner teilte uns der Bundesvorstand noch mit, daß dem Träger des ersten Preises für seine besondere Leistung eine achtstündige Erholungsreise im Sommer 1921 in Form einer Prämie beschieden sein wird. Der Text des Wortlauts des Plakats sowie die Bedingungen des Wettbewerbs sind aus dem Anzeigenteil unsrer Nummer 67 zu ersehen.

Rückkehr zum Kapitulantentag? Nach den kürzlichen Erklärungen des Reichsarbeitsministers Dr. Brauns gegenüber den Vertretern der gewerkschaftlichen Spitzenorganisationen, das in der nächsten Woche beim Zusammentritt des Reichstages die Stellung der Regierung zur Frage der Ratifizierung des Arbeitszeitabkommens von Washington klargelegt würde, ist zu erwarten, daß sich der Reichstag Mitte dieser Woche mit der Interpellation der sozialdemokratischen Abgeordneten über die Ratifizierung befassen wird. Wie „Der Deutsche“, die Tageszeitung der christlichen Gewerkschaften, versichert, werde die Beantwortung der Interpellation durch die Reichsregierung so ausfallen, daß sich der vom ADGB vorgeschlagene Volksentscheid erübrigt. Ob sich diese Voraussicht bewahrheiten wird, bleibt abzuwarten. Zur Herbeiführung eines Einvernehmens in der Frage des Arbeitszeitproblems soll sich übrigens der deutsche Reichsarbeitsminister schon vor einiger Zeit zu einer persönlichen Aussprache mit den Arbeitsministern von England und Frankreich bereit erklärt haben. Diese Aussprache soll in Köln oder im neutralen Ausland demnächst stattfinden.

Weiteres Steigen der Erwerbslosenziffer. In der Zeit vom 15. Juli bis zum 1. August ist die Zahl der unterstützten Erwerbslosen im unbesetzten Gebiet von rund 277 000 auf rund 328 000, d. h. um 18,5 Proz. gestiegen. Die Zahl der Zuschlagempfangener (unterstützungsberechtigte Angehörige Vollerwerbsloser) stieg in der gleichen Zeitspanne von 335 000 auf 389 000, d. h. um 14 Proz. Dabei ist noch zu berücksichtigen, daß nach den geltenden Bestimmungen ein Teil der Erwerbslosen gar keine Unterstützung erhält.

Eigenmächtige Mietskürzung durch die Hauswirte. Wie in Mietsermittlungen zu lesen ist, verlangen die Hausbesitzer vielfach Zahlung der vollen Friedensmiete zum 1. Oktober und drohen im Weigerungsfalle mit Kündigung. Das ist zunächst ein ungesetzliches Verlangen, denn es sind nur die von den Landesregierungen festgesetzten Zuschläge zu leisten, die jeweils (meistens monatlich) bekanntgegeben werden. Eine Kündigung aus der Weigerung heraus, die volle Friedensmiete zu bezahlen, ist ja ganz unzulässig und wird durch Klage beim Mietgericht hinfällig gemacht. Dann aber muß in diesem Vorgang ein planmäßiger Angriff auf die Mieterschutzgesetzgebung erblickt werden. Der muß kräftig abgewehrt werden, zumal die dritte Steuernotverordnung mit Schaffung der sehr ungerechten Mietssteuer die Rechte und Funktionen der Mietervereine erheblich eingeschränkt hat. Nach ziemlich sicheren Auslassungen des schlesischen Finanzministeriums soll zum Herbst eine starke Erhöhung der Mietssteuer stattfinden. Staat und Hausbesitzer solchermaßen auf die Mieter losgelassen, dazu beträchtliche Wertierungen der Lebenskosten und obendrein Lohnreduktionsabsichten der Unternehmerverbände — das ist ja alles wie ein Stach in dem Tollhause!

Zentralstellenanweisung des ADGB. Für das Organ einer großen freien Anstellergewerkschaft wird ein tüchtiger Schriftleiter gesucht, der mit den Bedürfnissen der Anstellerten vertraut ist und über einwandfreie gewerkschaftliche Schulung verfügt. Bewerber, die gute Redner sind, erhalten den Vorzug. Angebote mit Lebenslauf, Zeugnisabschriften und Schriftproben sind unter Nr. 1924 an den Zentralstellenanweisung des ADGB, Berlin S 14, Inselstraße 8, zu richten.

Einfuhrbeschränkung deutscher Waren. Wie von der englischen Regierung amtlich bekanntgegeben wurde, wird die fünfprozentige Abgabe, mit der die deutsche Einfuhr in Großbritannien jetzt belegt ist, von dem Tage an, an dem der Deutsche Reichstag die Dames-Gesetze verabschiedet haben wird, eine Wiedererhöhung auf 26 Proz. erfahren. Diese Maßnahme soll eine Konzession an die englischen Gewerkschaften und Industriellen sein, die — unserer Meinung nach mit Recht — befürchten, daß Deutschland durch die Ausführung des Dames-Planes genötigt werden könnte, eine intensivere industrielle Ausfuhrpolitik zu betreiben, die den Absatz der englischen Industrie auf dem Binnenmarkt gefährden könnte.

Verschiedene Eingänge

- „Deutscher Buch- und Steinbrucker.“ Monatlicher Bericht über die graphischen Künste, vereinigt mit dem „Journal für Buchdrucker“, 30. Jahrgang, Heft 10. Verlag Ernst Morgenkerns Kuchelhofers Ernst Böhm, Berlin SW 61, Teletower Straße 32. Alle Postankalen und Buchhandlungen nehmen Bestellungen entgegen.
- „Topographische Jahrbücher.“ Herausgegeben vom Technikum für Buchdrucker in Leipzig. 45. Jahrgang, Heft 7. Preispreis 1 M., zusätzl. Postgebühren und Verpackungsgeldern. Postankalen nehmen keine Bestellungen entgegen. Zu beziehen durch jede Buchhandlung oder direkt vom Verlag Julius Neiser, Leipzig, Eisenbahnstraße 13/17.
- „Der Entlohnungsanspruch von Betriebsratsmitgliedern und Betriebsratsobmannen.“ Von Rudolf Meißner. 72 Seiten. Preis 40 Pf., für Gewerkschaftsmitglieder 25 Pf. Zu beziehen von der Verlagsabteilung des Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter, Berlin SW 13, Schleierstraße 33.
- „Der Mann in der Jugendbewegung.“ Von Dr. Viktor Engelhardt. 48 S. Preis 50 Pf. Arbeiterjugendverlag, Berlin SW 69, Lindenstraße 3.
- „Probleme der Baukostenverteilung.“ Ein Beitrag zur Herabsetzung des Wohnungsbaues von Dr. Ing. Martin Wagner. Preis 2 M. Zu beziehen vom „Vormwärts“-Verlag und vom Verband sozialer Baubetriebe, Berlin S 14, Inselstraße 6.
- „Der Stern.“ Sozialistische Rundschau, wöchentlich 25 Pf., vierteljährlich 13 Seiten 2,50 M., durch jede Buchhandlung, die Post, wie auch durch den „Jugend“-Verlag Berlin 35 zu beziehen.
- „Jugendlicherbuch.“ 6. Auflage, 300. bis 350. Tausend, 168 Seiten, Preis kartoniert 40 Pf., in Sammelheften 70 Pf. Arbeiterjugendverlag, Berlin SW 69, Lindenstraße 3.
- „Die Glode.“ Sozialistische Halbmonatsschrift. Herausgegeben von Marcus. 10. Jahrgang, 1. Band. Nr. 20. Preis 30 Pf. Verlag für Sozialwissenschaft, Berlin SW 69.

Briefkasten

Nr. 3. in P.: Erk überficken Sie unter diesem angenommenen Signum den Kollegen Fr. K. mit Entschuldigung, die einem Nebenaufkommen alle Ehre machen, und nun überhört Sie das verantwortliche leitende Redaktionsmitglied mit Bestimmung im Sinne eines Nationalsozialisten überler Sorte. Sie meinen wohl, wir würden Sie an

Ihrer Handschrift nicht erkennen, wenn Sie einen andern Postbesitz wählen? Sie werden als „Kollege“ öffentlich ausgespielt zu werden, wie man im Mittelalter habe handelnde Menschen anprangerte. — S. H. in M.: Die uns überlieferte Kritik der „Reiniger Volkszeitung“ über das Koalitionsrecht der Lehrlinge entkammt dem „Korr.“ (S. Nr. 57 und 60). — M. in M.: In dieser Nummer waren Artikel zur Verbandstagsabstimmung nicht unterzubringen, in der nächsten erfolgt wieder ein ganzer Schub. Letzter Abendungsartikel für Kritik dieser Sitzung: 23. August. — Nach G.: In nächster oder in übernächster Nummer. — S. J. in A.: Desgleichen. — A. 2. in G.: Werden leben; Verbandstagsarbeiten haben aber Vorrang. — A. S. in M.: Sobald es möglich; der Raum ist so sehr beengt, daß dieser Schmerzenspunkt wohl gar nicht berührt werden kann. — G. B. in S.: Sie scheinen auf ganz falscher Fährte zu sein. Mit unser Lehrlingsabteilung hat die Sache vermutlich gar nichts zu tun. — F. K. in G.: Artikel werden im „Korr.“ bzw. „Jugendlicherbuch“ gebracht werden. Das übrige mit Interesse gelesen. Gruß. — F. M. in M.: Junges Land wird zweifelsprechend Verwertung finden. Gruß. — S. 2. in Braunschweig: Von solchen Jünglingen können wir keine Kritik nehmen. — R. W. G. in W.: Jnl. 35: 10,90 M. — W. G. C.: Jnl. 37: 11,40 M.

Verbandsnachrichten

Verbandsbureau: Berlin SW 23, Chamissostraße 5 II. Fernruf: Amt Kutzkow Nr. 1194
Postfachkonto: Berlin Nr. 10237 (H. Schwinig)

Verbandstag in Hamburg

Unterbringung der Delegierten

- Hotel Stuttgarter Hof: Hamburg 5, Bremerreihe 10; Verbandsvorstand, „Korrespondent“-Redaktion, Vertreter des Bildungsverbandes, des ADGB und des Internationalen Sekretariats, Bayern, Württemberg.
 - Korns Hotel, Hamburg 5, Hanfplatz 1; Berlin.
 - Hotel Nordmark, Hamburg 5, Holzdamm 43; Rheinland-Westfalen.
 - Hotel Rodmann, Hamburg 5, Hanfplatz 7; Dresden, Leipzig.
 - Hotel Gläserner, Hamburg 5, Steintorweg 17; Ostpreußen, An der Saale.
 - Hotel Frankfurter Hof, Hamburg 5, Spadenteich 1; Danzig, Frankfurt-Ober, Hannover, Mittelrhein, Nordwest, Oberrhein, Saargebiet, Schleswig-Holstein.
 - Hotel Gewerkschaftshaus, Hamburg 1, Besenbinderhof 68; Eragebirge-Vogtland, Ober, Schlesien, Thüringen.
- Sämtliche Hotels befinden sich in nächster Nähe des Hauptbahnhofes und des Gewerkschaftshauses. Die Delegierten (mit Ausnahme der von Schleswig-Holstein kommenden) verlassen den Bahnsteig in der Fahrtrichtung des einlaufenden Zuges. In der Haupthalle werden Kollegen zur Führung anwesend sein. Voraussetzung ist, daß dem Unterzeichneten die Zeit der Ankunft mitgeteilt wird, um mindestens aber der Tag des Eintreffens, damit von diesem Tag an das Zimmer belegt werden kann.
Fr. Kuntzler, Hamburg 1, Besenbinderhof 57, II.

Gewerkschaften. Dem auf der Reise befindlichen Drucker W. Georg A u s c h e n s a c h (Gedrucknummer 5827 Leipzig, Hauptbuchnummer 64 870) wurde in Berlin die Briefstasche mit seinen Legitimationspapieren geklaut. Dagegen befaßt sich auch eine in Wuppertal wohnende Frau mit der Klage, die hiermit für ungültig erklärt wird. Klagenbuch enthält ein Duplikat ausgehändigt.

Kannan. Der Seher M. W i t t e n m a y e r (Hauptbuchnummer 126 706) reiste von hier ab, ohne seine Miete zu bezahlen und unter Mitnahme der Schlüssel seiner Logis. Ebenso hat er von einem Gewerkschaftsmitglied, der mit ihm verkehrte, Geld geliehen und nicht zurückbezahlt. Die Funktionäre werden gebeten, W. auf das verwerfliche Benehmen aufmerksam zu machen und ihn anzuhalten, die Sache in Ordnung zu bringen.

Zur Aufnahme gemeldet

(Einwendungen innerhalb 14 Tagen an die belagerte Adresse):

- Im Gau Mittelrhein der Maschinenlehre Franz Glaser, geb. in Hofstungen (Wehringen) 1878, ausgef. in Trier 1907; war schon Mitglied. — Friedrich Conrad, Mannheim, B. 4, 4 bis 6.
- Im Gau Rheinland-Westfalen der Drucker Edwin Freytag, geb. in Dresden 1873; war schon Mitglied. — Joseph Vertram in Köln, Gereonstraße 24.
- Im Gau Schleswig-Holstein die Seher 1. Rudolf Schwendner, geb. in Königsberg 1880, ausgef. das. 1911; war schon Mitglied; 2. Otto Siemers, geb. in Kiel 1891, ausgef. das. 1911; 3. der Schweizerbegegnung Karl Heinrich Müller, geb. in Bredstedt 1892, ausgef. das. 1923; waren schon Mitglieder. — Martin Pötter in Kiel, Schauerburgerstraße 34 pt.
- Im Gau Thüringen die Seher 1. Max Willi Seyfert, geb. in Krimmlschau 1901, ausgef. daselbst 1920; 2. Richard Baumgärtel, geb. in Kuma (Thür.) 1902, ausgef. das. 1920; waren schon Mitglieder. — Karl Wilsang in Weimar, Döllstraße 36.

Verfammlungskalender

- Berlin. Maschinemeisterversammlung Donnerstag, den 21. August, abends 7 Uhr, im „Berliner Klubhaus“, Chmstraße 2.
- Borinus. Maschinemeister Bezirksversammlung am Sonntag, dem 7. September, vormittags 10 Uhr, im Restaurant „Zur Traube“ in Hamn, Widumstraße.
- Dresden. Korrektorenversammlung Sonnabend, den 23. August, abends 7 Uhr, im „Wettiner Hof“, Ede Klaußer- und Weingartenstraße.
- Versammlung der Graphischen Vereinigung, Freitag, den 22. August, abends 7 1/2 Uhr, im „Stadt Petersburg“, Neumarkt.
- Eisenach. Bezirksversammlung Sonntag, den 14. September, vormittags 10 Uhr, in der „Altmarchhütte“ in Eisenach. Anträge bis 27. August an Vorsitzenden W. Pfeiff, Eisenach, Eppelstraße 25.
- Essen. Stereotypen-, Schriftsetzer- und Galvanoplastikerhauptversammlung Sonnabend, den 8. und Sonntag, den 7. September, im Gasthaus „Zur deutschen Eiche“ in Essen, Kumpelstraße. Anträge bis 31. August an den Vorstand.
- Frankfurt a. M. Eisenach. Maschinemeisterversammlung Sonnabend, den 23. August, abends 7 1/2 Uhr, in der „Hofenblüte“, Weingartenstraße 20.
- Köln. Schriftsetzer-, Stereotypen- und Galvanoplastikerhauptversammlung Sonntag, den 14. September, vormittags 10 Uhr, im Restaurant „Beder“ in Essen, Kellinghauser Straße.
- Krimmlschau. Bezirksversammlung Sonnabend, den 23. August, abends 8 Uhr, in der „Luisenlust“.
- Witten. Bezirksversammlung Sonnabend, den 23. August, im Gewerkschaftshaus „Schillerpark“, Pausaer Straße.

Anzeigengebühr: Die Technispaltene Zeile zu Goldspg. für Vereins, Arbeitsmarkt, Fortbildungs- und Todesanzeigen; sonstige Anzeigen 60 Goldspg. Rabatt wird nicht gewährt.

Anzeigen

Annahmefrist: Montag und Donnerstag früh zur jeweilig nächst erscheinenden Nummer. Anzeigenaufgabe möglichst nur durch Einzahlung auf Postfach (Leipzig Nr. 623 26).

Sau Schleswig-Holstein

Der letzte Gau-tag hat die Anstellung eines Gauverwalters beschloffen, der neben den Kassen- und Geschäfts- des Gau's und des Vorortes Kiel auch sonstige Verwaltungsaufgaben mit zu erledigen hat. Organisatorische Beschlüsse erster Reihe, zehnerische erwünscht. Antritt 1. Oktober. Wir bringen hiermit die Stelle unter den Mitgliedern des Gau's Schleswig-Holstein zur Ausschreibung. Bewerbungen mit der Aufschrift „Gauverwalter“ sind bis zum 7. September an den Kollegen Maxlin Präter, Kiel, Schauenburgerstr. 34 p. zu richten.

Der Vorstand des Gau's Schleswig-Holstein.

Siebenter Deutscher Druckerkongress Hamburg

„Gewerkschaftshaus“, Besenbinderhof 67 (ob. Eaal). **Donnerstag, den 28. August** Zwangloser Empfang der einreisenden Delegierten.

Freitag, den 29. August Bis 11 Uhr Empfang der Delegierten. Um 12 Uhr mittags: Beginn der Verhandlungen. Um 8 Uhr: Versammlung des Druckervereins Hamburg-Altona. Ansprache der ausländischen Kollegen.

Sonnabend, den 30. August Um 9 Uhr morgens: Fortführung der Verhandlungen. Um 8 Uhr abends: Kommerz für die Delegierten aller Sparten.

Sonntag, den 31. August Um 9 Uhr morgens: Eventuelle Fortführung der Verhandlungen. Dann Befreiung von Hamburg, Abreise. Abends: Festveranstaltung für den Verbandstag.

Für die nach länger in Hamburg verweilenden Kollegen soll am Montag eine Befreiung des Hagenbeck'schen Tierparks in Stellung und am Dienstag eine eventuelle Fahrt nach Helgoland stattfinden. Alle Delegierten werden nochmals ersucht, ihre Ankunft in Hamburg umgehend an die Adresse des Kollegen Waldemar Meindorf, Hamburg 3, Großneumarkt 19, zu übermitteln.

Die Kongressnummer der „M. I. B.“ in erweitertem Umfange ist erschienen, und ersuchen wir die Vereine, dieselbe schnellstens in die Hände der Mitglieder gelangen zu lassen.

Berlin. Zentralkommission der Drucker.

Zentralkommission der Stereotypen- und Galvanoplastiker Deutschlands

Am 29. August, vormittags 11 Uhr, findet im „Gewerkschaftshaus“ in Hamburg der **Siebente Delegiertentag**

statt. Die Vereine sind durch Rundschreiben unterrichtet und müssen die Ankunft ihrer Delegierten dem Vorsitzenden unseres Hamburger Vereines, Kollegen H. Gatt, Hamburg, Weyersstraße 12 III, melden.

Die Tagesordnung der Konferenz, die im Zeichen des fünfundsingzigjährigen Bestehens der Zentralkommission stattfindet, ist folgende:

- 1. Geschäftsbericht und Organisatorisches. 2. Kassenbericht. 3. Sachliches. 4. Technische Mitteilungen. 5. Wahl der Zentralkommission. 6. Verschiedenes.

1899—1924



Typographische Vereinigung Berlin

Am Freitag, den 22. August, abends 8 Uhr, im Berliner Klubhaus, Dymstraße 2: Vortrag des Kollegen Otto Kühne: „Die technischen Neuerungen im Gewerbe“ mit Lichtbildern. In Anbetracht der Wichtigkeit des Themas für alle Berufsangehörigen laden wir hiermit alle Sparten freundlichst ein.

Hamburg-Altona

Gewandte Letter und Zersetzertypen, der dem Stereotypen helfen soll, liefert in zuverlässiger Ausführung. Hermannsberg 4, Letter, Altona (Eibe), Schauenburgerstr. 34 A.

Zwei tüchtige korrekte Linotypesetzer

mit Maschinenerfahrung mit längerer Praxis, zum sofortigen Antritt gesucht. Eduard Herbergsche Hofbuchdruckerei und Verlags-handlung, Schwerin I. III.

Tüchtiger Linotypesetzer

für dauernd nach Leipzig gesucht. Gehl. Offerten mit Zeugnisabschriften unter Nr. 374 an die Geschäftsstelle d. Bl., Leipzig, Königsstraße 7, erbeten.

Tüchtige Typographsetzer

(Modell A) sucht sofort Epamersche Buchdruckerei, Leipzig, Crustusstraße 10.

Nur tüchtiger Monolinesetzer

mit langjähriger Praxis, der Gelegenheit hat, sich an der Linotype auszubilden, oder tüchtiger

Linotypesetzer

in Doppelschicht an Eindecker sofort gesucht. Werk-rohnung mit zwei schönen, großen Zimmern, Küche, elektrischem Licht und Zentralheizung ist vorhanden. Zeugnis-abschriften erbeten. „Groß-Berauer Tageblatt“, Groß-Berauer (beseltes Gebiet).

Tüchtige Monotypesetzer

(Modell C und D) für wissenschaftliche Arbeiten sucht die Epamersche Buchdruckerei, Leipzig.

Tubenfabrik

sucht zum sofortigen Eintritt einen in der Tubenbedruckung erfahrenen, zuverlässigen

Drucker

Unverheiratete haben den Vorzug. Angebote unter Nr. 351 an die Geschäftsstelle d. Bl., Leipzig, Königsstraße 7.

Rotationsmaschinenmeister

für 32-64 seitige Maschinen wünscht sich in Mitteldeutsch-land zu verändernden, Offerten unter Nr. 357 an die Geschäfts-stelle d. Bl., Leipzig, Königsstraße 7, erbeten.

Illustrations-Rotationsdrucker

für Plauener variable Mehrfarbemaschine wird wegen Er-krankung ab Anfang September auf

zwei bis drei Monate zur Aushilfe

in die Nähe Leipzigs gesucht. Nur bestens erfahrene Drucker wollen ausführliche Be-merkung richten unter Nr. 354 an die Geschäftsstelle d. Bl., Leipzig, Königsstraße 7.

Messinglinienfabrik

suchen wir einen tüchtigen Fachmann, der mit den sämt-lichen Arbeiten vollkommen vertraut ist, für unsere

Schriftgießerei

einen tüchtigen Mechaniker, der die Konseruation der Ma-schinen einschließl. Reparaturen ausführen kann. Ferner, die auf verletzten Auslandsposten reflektieren, wollen ausführliche Offerten mit Lichtbild unter Nr. 358 an die Ge-schäftsstelle d. Bl., Leipzig, Königsstraße 7, richten.

Inferaten- und Akzidenzsetzer

an der Linotype ausgebildet, flott und korrekt im Ma-schinensatz, erfragen im fremdsprachlichen Satz (Englisch, Franz-ösisch, Esperanto), in kleinen, großen und größten Verleihen tätig gewesen, guter Lokalverleiderflatter, ledig, 26 Jahre alt, sucht zu sofort D an erster lung. Gehl. Angebote erbitet Franz Sobotta, Eberswalde b. Berlin, Ammonstraße 3 II r.

Monotypesetzer

langjährige Praxis, mit dem Mechanismus der Maschine, Behebung von Störungen und etwelchen Reparaturen sowie dem Justieren der Gießinstrumente durchaus vertraut, sucht Stellung in Leipzig. Gehl. Angebote unter Nr. 362 an die Geschäftsstelle dieses Blattes, Leipzig, Königsstr. 7, erbeten.

Vertreter gesucht

in jeder größeren Druckeret zum Verkauf v. Werkzeugen. Hohe Vergüt. Angebote an K. Elen, München 9.

Metteur

für bessere, auch illustrierte Werke in Dauerstellung ge-sucht. Angebote mit Vornamensforderung erbiten Walter de Gruyter & Co., Trebbin (Kreis Teltow).

Scherkittel

Repat., gefir., in drei Größen 7, 9, 8 M. M. Vogt, Plauen i. Vogtl., Teumest. 67.

Jüngerer, tüchtiger Sachkaufmann

kann eine kleine, gutinger-richtete Buchdruckerei mit gutem Kundenstamm unter günstig. Bedingungen pachten. Es kommt nur ein wirklich tüchtiger Fachmann in Frage, der in der Lage ist, sicher im Verkehr mit der Buchdruckerei zu sein. Die Druckeret ist in schönster Stadt Thüringens. Wohnung vorhanden. Einige Tausend Mark sind erforder-lich. Offerten unter A. B. C. 372 an die Geschäftsstelle d. Bl., Leipzig, Königsstr. 7, erbeten.

Jüngerer, flotter Schrifsetzer

erfragen im Inferatesatz, für sofort gesucht. Franz Waldow, G. m. b. H., Schweibitz.

Ein tüchtiger, unverheira-teter Typographsetzer

für Maschine A gesucht. „Täglicher Anzeiger“, Leuchera.

Zurichter (Chef-Mechaniker)

für Schriftgießerei wird ge-sucht. Nur tüchtige, selb-ständige Kraft wird aufge-nommen. Bewerbungen schreiben an Turnatoria Romana de Liter, Bukarest, Str. Prehung, Popa Nan 27.

Metteur

für Text und Inferate, sucht sofort Stellung. Thüringen oder Sachsen bevorzugt. An-tritt kann jeberzeit erfolgen. Gehl. Angeb. unter E. O. 380 an die Geschäftsstelle d. Bl., Leipzig, Könglstraße 7, er-beten.

Linotypesetzer

(Anfänger). Fleißig, gemessen-haft, tüchtiger Inferatesetzer und Metteur, sucht Stellung. Brun, Essener, Wittenberge (Bez. Potsdam), Chaußeestraße 33.

Flotter Linotypesetzer

21 Jahre alt, wünscht sich zu verändern. Befreiung der Störungen selbständig. Gehl. Angebote erbitet Kurt Lorenz, Eberswalde, Schillerstraße 33, bei Schwabe.

Tüchtiger Linotypesetzer

24 Jahre alt, auch als Metteur tätig gewesen, in ungekün-digter Stellung, wünscht sich baldmöglich zu verändern. Gehl. Offert. unter Nr. 363 an die Geschäftsstelle d. Bl., Leipzig, Königsstr. 7, erbeten.

Linotypesetzer

langjährige Praxis, sucht sich zu verändern nach Leipzig oder Berlin (wegen Wohnungsverhältnisse) Tageslohn bevorzugt. Gehl. Offert. unter Nr. 365 an die Geschäftsstelle d. Bl., Leipzig, Königsstr. 7, erbeten.

Scherkittel

blau, grau, blau-weißgestr., wirklich gute Qualitäten Größe 110 120 130 cm Preis 6,- 6,50 6,90 GDM. Besondere Größen auf Wunsch. F. Schlegel, Plau i. Meckl., Berufsbildung.

Handwerker- und Kunstgewerbeschule Barmen

Werkstätten für Satz und Buchdruck, Stein-, Zink- und Offsetdruck. Photo-mechanisches Atelier. Ent-wurfsskizzen für Reklame und Buchschmuck.

Fachlehrbücher

für Satz und Druck liefert K. Eieg, München 9.

Das Juliheft der Typographischen Mitteilungen

ist trotz erhöhter Auflage ver-griffen! Nachbestellungen sind spekos. Ende August kommt

Hef 8

Hamburger Sonderheft in einer Auflage von 20000 Exemp. zur Ausgabe. Verlag der Typographischen Mitteilungen, Leipzig, Geismarktstr. 8.

Pinzette vern. 1,20 M.

Ch. Leibius Nachfolger, Stuttgart (Postfach 418).

1/2 Liter 30 Pf.

ff. Lager, hell und dunkel, im „Verkehr“, Leipzig, Greibrichstraße 9. Der Wirt.



„Freie Gedanken“

Preis 4 M. sind in solch ausgewählter Zu-sammenstellung erstmalig er-schienen.

Verlag des Bildungsverbandes der Deutschen Buchdrucker, Leipzig, Salomonstraße 8. Postcheckkonto 51270.

Zeilenauftragwalzen

(für mehrfarbige Abzüge, Verl. d. Bild.-V. b. d. Bisch. Buchdr., Leipzig, Salomonstraße 8 III.

Am 12. August ver-starb unser lieber Kol-lege, der Setzer

E. Wiebeck

aus Altona, im Alter von 68 Jahren. Ein ehrendes Anden-ken bewahrt ihm Buchdruckerverein in Hamburg-Altona.

Nach kurzer, schwerer Krankheit verstarb am 11. August an den Folgen einer Operation unser lieber Kollege, der Setzerinvalide

Rudolf Zimpel

im 68. Lebensjahre. Ein ehrendes An-denken bewahrt ihm Der Ortsverein „Gutenbergs“ Wismar i. Meckl.